Konrad Adenauer Stiftung

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

am 13. März 2016

Wahlanalyse

Amtliches Endergebnis

Viola Neu/Sabine Pokorny

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu und Dr. Sabine Pokorny

Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

viola.neu@kas.de
sabine.pokorny@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung /
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

nico.lange@kas.de

1. Übergreifende Entwicklungen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

Die Wahlergebnisse der drei Landtagswahlen zeigen einige Gemeinsamkeiten: Die jeweiligen Amtsinhaber wurden bestätigt. Trotz überwiegend großer Zufriedenheit mit den jeweiligen Landesregierungen kann in keinem Land die amtierende Koalition erneut die Regierung bilden. Die AfD kann in alle Parlamente einziehen. Die Linke schneidet schwach ab und kann Protestwähler nicht mehr an sich binden. Die FDP hat überall Zuwächse und scheitert nur in Sachsen-Anhalt äußerst knapp an einem Einzug in das Parlament.

Als Trend ist ebenso auszumachen, dass die Persönlichkeitseffekte einen großen Einfluss auf das Abschneiden der Parteien haben, während der eigenständige Anteil der Parteien am Wahlergebnis ausgesprochen gering ist. Parteipolitische Kompetenzen haben bei dieser Wahl eher eine nachgeordnete Bedeutung. Kurz: Die zu wählende Person und deren Image ist wichtiger als die Partei. Konkrete Landespolitik und landespolitische Politikkonzepte sind für die Wahlentscheidung bei diesen Wahlen nachrangig.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik haben Große Koalitionen nicht überall eine Mehrheit. Zwar wird schon lange darüber diskutiert, dass es zu neuen Konstellationen kommen wird, doch wo diese bislang eintraten, wäre auch eine Große Koalition möglich gewesen. Jetzt besteht zum ersten Mal die Notwendigkeit ungewohnte Bündnisse einzugehen.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Protestpartei[1] in einem Bundesland (Sachsen-Anhalt) eine so große Resonanz gefunden. Für diese gelten jedoch andere Regeln, die als Muster schon bei allen

[1] Über 20 Prozent erreichte nur der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Schleswig-Holstein mit 23,4 Prozent 1950.

anderen Wahlerfolgen junger Protestparteien zu finden sind: Mobilisierung in Anhängerschaften aller Parteien sowie von Nichtwählern. Unabhängig davon, ob Wahlbeteiligungen sinken oder steigen, können Protestparteien immer aus dem Nichtwählerlager Stimmen mobilisieren. Die konkrete Programmatik sowie das Personal spielen für das Wahlverhalten keine Rolle. Die AfD hat diejenigen angesprochen, die grundsätzlich mit „der Politik“, „den Parteien“ und „den Politikern“ unzufrieden sind. Wie bei allen Protestparteien muss es klimatisch ein Katalysatorthema geben: Und dies ist bei diesen Wahlen die Flüchtlingspolitik. Die Zustimmung zur AfD ist seit Gründung der Partei sinuskurvenförmig: Nach einem Aufschwung von 2013 bis 2014 ist sie bis Mitte 2015 rückläufig. Ohne Flüchtlingszuwanderung hätte sie keinen sprunghaften Anstieg in Umfragen und zuletzt in den Wahlergebnissen verzeichnen können. Fundamentalkritik an allem „Etablierten“, das Schüren diffuser Ängste, das Ausblenden jeglicher Realpolitik gekoppelt mit unterkomplexen (meist vermeintlich schnell umsetzbaren) Lösungsvorschlägen bildeten auch in der Vergangenheit die Zutaten für Wahlerfolge von Protestparteien.

Die Heterogenitäten sind jedoch unübersehbar und erheblich: In jedem Land schneiden die Parteien unterschiedlich ab. Dies schließt die einheitliche Wirkung eines Bundesklimas aus. Auch wenn medial schnell von einer Quittung für den Bund gesprochen wird, ist diese Quintessenz anhand der Ergebnisse der Parteien nicht zu belegen. Auffällig ist, dass eine verbale Unterstützung der Politik der Bundeskanzlerin einen positiven Effekt in der finalen Entscheidung der Wähler in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gebracht hat. Die positive Auswirkung ist für eine Regierungspartei und für eine Oppositionspartei im Bund messbar. Auch dies ist ein Anzeichen dafür, dass ein einheitlicher Bundestrend für die Landtagswahlen nicht entscheidend war und sich keine Schlussfolgerung für die Flüchtlingspolitik ablesen lässt.

Während die SPD in Rheinland-Pfalz als stärkste Partei abschneidet, erleidet sie in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg den Verlust etwa der Hälfte der Wählerschaft. Nur in Sachsen[2] hat die SPD bei Landtagswahlen ähnlich schwache Ergebnisse. In Baden-Württemberg erhalten die Grünen das beste Ergebnis ihrer Geschichte. In Rheinland-Pfalz verlieren die Grünen zwei Drittel ihrer ehemaligen Wähler. Allerdings war die Wahl 2011 für die Grünen eine Ausnahmewahl, da die Atomreaktorkatastrophe in Fukushima einen außergewöhnlichen Mobilisierungseffekt ausgelöst hat.

Parteipolitische Geschlossenheit bildet in Wahlkämpfen ein zentrales Image. Je komplexer die politischen Probleme, desto wichtiger wird das Vertrauen in die politischen Eliten. Unterschiedliche Positionierungen innerhalb einer Partei sorgen in Wahlkampfzeiten für Irritationen, da die Orientierung für die Wähler insgesamt schon schwierig ist. Außerhalb von Wahlkämpfen ist dies weniger relevant, da Parteien auch innerparteiliche Auseinandersetzungen führen müssen und sollen. Beispielhaft sei dies an den baden-württembergischen Grünen illustriert. Viele der jüngeren Äußerungen des Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann hätten bei den Grünen auch zu öffentlicher Kritik führen können. Es spricht für die Grünen, dass sie im Wahlkampf diszipliniert aufgetreten sind. Sie haben in der Wählerschaft keine sogenannten kognitiven Dissonanzen ausgelöst, wodurch sie in erheblichem Maße über ihr Kernpotenzial hinaus Zuspruch erhalten haben.

Die „Unberechenbarkeit“ der Wähler ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Seit Jahrzehnten sind die zentralen Indikatoren nicht zu übersehen. Die langfristige Bindung an Parteien ist nur noch für Minderheiten prägend. Das Wahlverhalten wird von kurzfristig wirkenden Einschätzungen bestimmt. Dies können Themen oder Kandidaten sein. Der Parteiwechsel erfolgt quer durch das Parteiensystem und nicht entlang vermeintlicher

[2] Das schlechteste Ergebnis erzielte die SPD in Sachsen mit 9,8 Prozent 2004.

politischer Lager. Volatilität kann, muss aber nicht zu Fragmentierung führen.

2. Das Wahlergebnis

Sachsen-Anhalt ist bekannt für eine ausgesprochen volatile Wählerschaft. Zweistellige Veränderungen sind die Regel und nicht die Ausnahme. CDU und SPD hatten in der Vergangenheit schon zweistellige Gewinne oder Verluste. Gleichermaßen konnte bereits 1998 die DVU mit 12,9 Prozent in das Parlament einziehen. In der Folge scheiterten 2002 die SCHILL-Partei mit 4,5 Prozent und 2011 die NPD mit 4,6 Prozent knapp an einem Einzug in den Landtag.

Auch eine weitere Besonderheit ist charakteristisch für das Land und ein Zeichen für das unstete Verhalten der Wähler: Es ist Rekordhalter für die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl (2006 mit 44,4 Prozent). Daher ist das Abschneiden der Parteien nur in ihrer Höhe ungewöhnlich und nicht in Bezug auf Gewinne und Verluste.

Die Anzahl der Mandate sinkt von 105 (Überhang und Ausgleichsmandate) auf 87. Zudem ist die Anzahl der Wahlkreise um zwei gesunken.
Bekannt ist das Land auch für Koalitionsexperimente. 1994 bildete die SPD mit den Grünen eine Regierung, die von der PDS toleriert wurde. 1998 konnten die Grünen nicht wieder in den Landtag einziehen. Daher wurde die SPD-Alleinregierung von der PDS toleriert.

Die **CDU** verliert in Sachsen-Anhalt 2,8 Punkte und kommt insgesamt auf 29,8 Prozent. Durch die gestiegene Wahlbeteiligung gewinnt sie 11.120 Wähler hinzu und wird von 334.139 Wählern unterstützt. 1998 hat sie mit 22 Prozent deutlich schlechter abgeschnitten, gewann aber 2002 15,3 Prozent hinzu, wodurch das schlechte Abschneiden in Vergessenheit

geriet. Die CDU erhält 30 Mandate (davon 27 direkt). Dies sind 11 Mandate weniger als 2011.

Die **SPD** wird quasi auf das Niveau der sächsischen SPD herabgestuft, wo es der Partei nicht immer gelingt, zweistellig zu werden. Die SPD verliert mit -10,9 Punkten etwa die Hälfte der Wählerschaft und wird von 10,6 Prozent unterstützt. 94.243 Wähler entscheiden sich gegen die Partei, 119.368 für die SPD. Doch auch die SPD hat bei Landtagswahlen Höhen und Tiefen erlebt. 2002 verlor sie bereits 15,9 Punkte und konnte sich von diesem Verlust nicht mehr erholen. Seit dieser Zeit liegen ihre Werte im Land bei ca. 20 Prozent. Statt 26 Parlamentarier werden 11 Abgeordnete die Partei vertreten. Alle werden über die Liste gewählt.

Die **Linke** verliert 7,3 Punkte und erhält 16,3 Prozent der Stimmen. 183.290 Wähler votieren für die Partei (-51.721 Stimmen). Nach 1990, als die PDS überall sehr schwach gestartet war, ist das das schlechteste Ergebnis der Partei. Selbst als die Linke Minderheitenregierungen tolerierte, hatte ihr das zuvor nicht geschadet. Auch in der Opposition konnte sie zulegen. Jetzt aber verliert die Linke erheblich. Die Linke hat 16 Mandate gewonnen, davon eines direkt. Bei der Vorwahl konnte die Linke 29 Abgeordnete entsenden.

Die **Grünen** kämpfen in Sachsen-Anhalt immer wieder um den Einzug ins Parlament. Wenn es ihnen gelingt, dann fällt das Wahlergebnis – wie bei dieser Wahl – recht knapp aus. 5,2 Prozent der Wähler haben die Partei unterstützt (-2,0 Punkte). Dies entspricht 58.209 Stimmen (-12.713). Drei Mal scheiterten die Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Grünen sind mit fünf Abgeordneten im Landtag repräsentiert.

Die **FDP** verpasst mit 4,9 Prozent knapp den Einzug in das Parlament. Sie gewinnt 1 Prozentpunkt hinzu und wird von 54.565 Wählern unterstützt (+16.392). Die FDP hat eine ausgesprochen wechselvolle Geschichte in

Sachsen-Anhalt. 1990 (die sogenannte „Genscher-Wahl“, der in Halle geboren ist) erreichte sie 13,5 Prozent, stürzte allerdings bei der nächsten Wahl dramatisch ab. 2002 sorgte sie mit 13,3 erneut für Überraschung und bildete mit der CDU die Regierung.

Die **AfD** hat in Sachsen-Anhalt das beste Ergebnis erzielt, das je eine Protestpartei erreichen konnte. Nur der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, der allerdings keine Protestpartei war, konnte 1950 in Schleswig-Holstein mit 23,4 Prozent vergleichbar gut abschneiden. Mit 24,3 Prozent und 272.496 Stimmen ist die Höhe zwar neu, jedoch das Muster altbekannt. Die AfD schneidet vor allem im südlichen Landesteil überdurchschnittlich gut ab. Da sich die Zuschnitte der Wahlkreise stark geändert haben ist ein Vergleich auf Wahlkreisebene nicht möglich. Regional ist die Verteilung der Hochburgen der DVU von 1998 und der AfD sehr ähnlich (aber nicht identisch). Wie auch in Baden-Württemberg, wo es ebenfalls eine auffallende Ähnlichkeit zu den Hochburgen der REP von 1992 gibt, ist die Partei dort aktiv, wo bereits ein Potential vorhanden ist. Von den 25 Abgeordneten sind 15 direkt gewählt.

Die **Wahlbeteiligun**g ist um 9,9 Punkte auf 61,1 Prozent gestiegen.

In der Gruppe der sonstigen Parteien hat die **NPD** erheblich an Unterstützung verloren. Kam sie 2011 noch auf 4,6 Prozent, konnte sie jetzt noch 1,9 Prozent der Stimmen für sich gewinnen.

3. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl[3] in Sachsen-Anhalt 2016

In Sachsen-Anhalt spielen wie auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die Kandidaten eine große Rolle. Reiner Haseloff liegt sowohl bei den Bekanntheits- als auch den Beliebtheitswerten weit vor seinen Konkurrenten. 59 Prozent der Wähler wissen, dass Haseloff Spitzenkandidat der CDU ist. Damit kann er seinen Wert von 2011 (40 Prozent) stark verbessern. Dass Wulff Gallert Spitzenkandidat der Linken ist, wissen hingegen nur 35 Prozent und 36 Prozent können Katrin Budde als Spitzenkandidatin der SPD benennen. Zusätzlich wünschen sich im Vergleich Haseloff/Gallert 55 Prozent Haseloff als Ministerpräsidenten gegenüber 24 Prozent, die sich für Gallert entscheiden würden. Auch im Vergleich mit Budde liegt Haseloff weit vorne. 57 Prozent hätten lieber Haseloff als Ministerpräsidenten, nur 19 Prozent würden gerne Katrin Budde in diesem Amt sehen (Forschungsgruppe Wahlen). Im Dreiervergleich Haseloff/Gallert/Budde wird deutlich, dass Gallert und Budde selbst unter den eigenen Anhängern weniger Rückhalt haben als Haseloff. 85 Prozent der CDU-Anhänger würden sich bei einer Direktwahl für Haseloff entscheiden, aber nur 47 Prozent der Linken-Anhänger für Gallert und 39 Prozent der SPD-Anhänger für Budde (Infratest dimap). Haseloffs Beliebtheit spiegelt sich auch in der Bewertung seiner Arbeit als Ministerpräsident wider. 62 Prozent der Wähler finden, Haseloff mache seine Sache gut. In nahezu allen Parteianhängerschaften ist mehr als die Hälfte mit Haseloffs Arbeit zufrieden. Und selbst bei den Anhängern der AfD meinen 46 Prozent, er mache seine Sache gut (Forschungsgruppe Wahlen). Mit der politischen Arbeit von Wulff Gallert und Katrin Budde sind hingegen nur jeweils 34 Prozent der Sachsen-Anhalter zufrieden (Infratest dimap). Auch auf einer Skala von -5 bis +5 erzielt Haseloff die

[3] Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.

besten Werte. Insgesamt wird er mit 1,3 bewertet, von den eigenen Anhängern sogar mit 3,1. Gallert erzielt insgesamt einen Wert von 0,3, unter den Anhängern der Linken kommt er ebenfalls auf einen respektablen Wert von 2,7. Katrin Budde wird insgesamt mit einem Wert von 0 bewertet, von den eigenen Anhängern mit 2,0. Damit ist ihr Rückhalt unter der eigenen Anhängerschaft am geringsten. Auch im Profilvergleich mit Gallert schneidet der amtierende Ministerpräsident besser ab. Haseloff wird als sympathischer und glaubwürdiger wahrgenommen, zudem habe er mehr Sachverstand. Allerdings sieht auch etwa ein Drittel der Wähler keinen Unterschied in diesen drei Bereichen zwischen den beiden Kandidaten (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Parteien spielen bei dieser Landtagswahl eine geringere Rolle. Die CDU wird in der Regierung mit 0,7 besser bewertet als die SPD mit 0,2 (auf einer Skala von -5 bis +5). Die Linke in der Opposition kommt auf einen Wert von 0 und die Grünen von -0,8. Die Zufriedenheit mit der Landesregierung könnte besser sein. 44 Prozent sind mit der Landesregierung zufrieden, 55 Prozent sind nicht zufrieden (Infratest dimap). Dennoch liegt eine Koalition aus CDU und SPD vor allen anderen Koalitionsmodellen. 42 Prozent fänden eine Fortsetzung der Koalition gut. Lediglich 31 Prozent würden eine Koalition aus Linken und SPD und 25 Prozent eine Koalition aus Linken, SPD und Grünen begrüßen (Forschungsgruppe Wahlen).

Das Thema Flüchtlinge liegt auch in Sachsen-Anhalt deutlich vor allen anderen Themen. 54 Prozent geben das Thema Flüchtlinge als wichtigstes Problem an. Dahinter folgen Arbeitsplätze mit 28 Prozent und Schule/Bildung mit 14 Prozent. 2011 lag noch das Thema Arbeitsplätze mit 64 Prozent deutlich vorne. Allerdings sind 54 Prozent im Vergleich zur Relevanz des Themas in Gesamtdeutschland (85 Prozent) überschaubar. Bei den Problemlösungskompetenzen kann die CDU bei den Themen Flüchtlingspolitik (28 Prozent), Arbeitsplätze (39 Prozent) und Wirtschaft

(39 Prozent) punkten. Im Bereich Schule/Bildung liegen CDU, Linke und SPD bei der Kompetenz gleichauf. Linke und SPD werden in keinem Problembereich als kompetenteste Parteien wahrgenommen. Auch wenn die Nennungen der Flüchtlingsthematik geringer ausfallen als bundesweit, geben 62 Prozent an, das Thema sei für ihre Wahlentscheidung wichtig. Besondere Relevanz besitzt das Thema für die Wähler der AfD, von denen ganze 90 Prozent sagen, es sei für ihre Wahlentscheidung wichtig. Allerdings glaubt die Hälfte der Wähler, Sachsen-Anhalt könne die große Zahl an Flüchtlingen verkraften. Unter den Anhängern der AfD meinen jedoch 65 Prozent, das Bundesland könne die Flüchtlinge nicht verkraften. Zudem finden 43 Prozent der Sachsen-Anhalter, die Bundeskanzlerin mache ihre Sache in der Flüchtlingspolitik eher gut. Auch hier fallen die Wähler der AfD auf. Lediglich 10 Prozent der AfD-Wähler unterstützen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, bei den anderen Anhängerschaften liegen die Werte bei etwa 50 Prozent oder höher (CDU-Anhänger 69 Prozent Zustimmung; Forschungsgruppe Wahlen).

Über die Flüchtlingsthematik gelingt es der AfD, ein beachtliches Protestpotential zu mobilisieren. 64 Prozent der AfD-Wähler sagen, sie wählen die Partei aus Enttäuschung, lediglich 27 Prozent wählen sie aus Überzeugung. Bei den etablierten Parteien finden sich 51 bis 73 Prozent Überzeugungswähler (Infratest dimap). Zudem meinen 91 Prozent der AfD-Anhänger, die AfD sei die einzige Partei, die die Probleme beim Namen nenne (Forschungsgruppe Wahlen). Im Gegensatz zu den anderen Parteien spielte der Spitzenkandidat der AfD, André Poggenburg, keine Rolle. Lediglich 18 Prozent der AfD-Anhänger sind mit seiner politischen Arbeit zufrieden (gegenüber 37 Prozent der AfD-Anhänger, die mit Haseloffs Arbeit zufrieden sind; Infratest dimap).

4. Wählerwanderungsbilanz[4] und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Sachsen-Anhalt 2016

Von der gestiegenen Wahlbeteiligung können CDU, FDP, AfD und die sonstigen Parteien profitieren. Bei der **CDU** führt der hohe Anstieg der Wahlbeteiligung allerdings dazu, dass sie absolut insgesamt etwa 11.000 Stimmen hinzugewinnt, prozentual aber leicht verliert. Aus dem Nichtwählerlager gewinnt die Union 39.000 Stimmen, weitere 20.000 Wähler kommen von der SPD. Zusätzlich wählen je 7.000 ehemalige Wähler der Linken und der Grünen jetzt die CDU. Einzig an die AfD (-38.000) und die FDP (-8.000) gibt die CDU Wähler ab.

Die Wählerschaft und die Verluste der CDU sind relativ homogen verteilt. Die CDU verliert überdurchschnittlich stark bei jüngeren Wählern. Bei älteren Wählern schneidet sie hingegen überdurchschnittlich gut ab. Zugewinne hat sie bei Rentnern. Konfessionell gebundene Wähler entscheiden sich überdurchschnittlich häufig für die CDU.

Die **SPD** profitiert nicht von der gestiegenen Wahlbeteiligung. Sie gibt 11.000 Stimmen an das Nichtwählerlager ab. Zudem gibt sie an alle anderen Parteien Stimmen ab: Je 20.000 Wähler wechseln von der SPD zur CDU und zur AfD, 9.000 zur Linken, 4.000 zu den Grünen und 2.000 zur FDP.

Die SPD hat stärkere Verluste bei älteren Wählern (und damit auch in der Gruppe der Rentner) zu verzeichnen. Auch Wähler mit einem niedrigen Bildungsniveau verlassen eher die Partei.

Auch die **Linke** kann keine ehemaligen Nichtwähler mobilisieren. 1.000 ehemalige Wähler der Linken bleiben nun der Wahlurne fern. Damit sind ihre Verluste an die Nichtwähler aber deutlich geringer als die der SPD.

[4] Infratest dimap

Einzig von der SPD gewinnt die Linke 9.000 Stimmen. Ansonsten verliert sie an alle anderen Parteien. 28.000 Wähler wechseln von der Linken zur AfD, 7.000 zur CDU, 2.000 zur FDP und 1.000 zu den Grünen.

Die Linke verliert insbesondere Wähler, die arbeitslos sind. In der Gruppe der sehr hoch gebildeten verliert sie kaum. In den mittleren Altersgruppen verliert sie eher Wähler als in den ältesten und jüngsten Altersgruppen.

Die **AfD** kann aus allen Lagern Wähler hinzugewinnen. Der größte Anteil kommt mit 101.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager. Damit machen die Nichtwähler 37 Prozent der AfD-Wähler in Sachsen-Anhalt aus. Weitere 54.000 Wähler sind von sonstigen Kleinparteien zur AfD gewechselt, das sind 20 Prozent der AfD-Wähler. 14 Prozent der AfD-Wähler kommen von der CDU (38.000 Stimmen) und 10 Prozent von der Linken (28.000 Stimmen). Von der SPD stammen 7 Prozent der AfD-Wähler (20.000 Stimmen). Lediglich 2 Prozent (6.000 Stimmen) kommen von der FDP und 1 Prozent (3.000 Stimmen) von den Grünen.

Die AfD erzielt ihr bestes Ergebnis in der Altersgruppe der 30-44jährigen Männer. Männer neigen deutlich häufiger zur AfD als Frauen. Wähler mit einem mittleren Bildungsniveau entscheiden sich überdurchschnittlich häufig für die Partei. Dies ist ein Muster, das seit Jahrzehnten bei Protestparteien sichtbar ist. Selbst die Piraten waren für diese Wähler besonders attraktiv. Arbeitslose, Arbeiter und konfessionslose Wähler kann die AfD überdurchschnittlich erreichen.

Die **Grünen** verlieren jenseits der politisch ideologischen Lager: 7.000 Wähler wechseln zur CDU, weitere 3.000 zur AfD und zu sonstigen Kleinparteien. Von der SPD können sie 4.000 Stimmen gewinnen.

Die Grünen sind auch in Sachsen-Anhalt vor allem für jüngere und hoch gebildete Wähler attraktiv.

Obwohl die **FDP** den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt knapp verpasst, kann sie 10.000 Nichtwähler mobilisieren. Zusätzlich gewinnt sie 8.000 ehemalige Wähler der CDU und je 2.000 Wähler von der Linken und der SPD. Lediglich an die AfD gibt die FDP 6.000 Stimmen ab.